Hinweis: Im Vergleich zu den Ursprungsanträgen sind Neuerungen unterstrichen und Streichungen ~~durchgestrichen~~.

A6 NEU: Eine starke Linke braucht eine starke Basis - Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken

Einreichende: Jessica Herrmann, Tammo Thyselius, Benjamin Sittig, Kevin Ehser, Mareike Sorg, Nortia Heurtebise, Robin Irmer, Natascha Kalantar, Noah Groß, Robby Aydin, Jessica Sommer, Alli Zahn, Luca Doll, Franziska Kage, Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

Die Linke Leipzig versteht sich als Mitgliederpartei. Bei grundlegenden politischen und strategischen Entscheidungen soll die Beteiligung der Mitglieder verbindlich gestärkt werden.

Nicht jede Entscheidung kann von der gesamten Mitgliedschaft getroffen werden. Gewählte Vorstände müssen arbeitsfähig bleiben, Mandatsträger*innen tragen Verantwortung für ihre Entscheidungen und im politischen Alltag muss manchmal schnell gehandelt werden. Aber dort, wo es um grundlegende Weichenstellungen, das politische Profil unserer Partei oder Entscheidungen mit langfristigen Folgen geht, darf Beteiligung nicht erst beginnen, wenn die Entscheidung faktisch bereits gefallen ist.

Der Stadtvorstand wird deshalb beauftragt, gemeinsam mit den Stadtbezirksverbänden, Zusammenschlüssen und der Stadtratsfraktion die folgenden Verfahren zu entwickeln und über ihre Anwendung regelmäßig Rechenschaft gegenüber dem Stadtparteitag abzulegen:

1. Grundsatzentscheidungen frühzeitig in die Partei geben

Bei politischen Fragen von besonderer Tragweite, zu der keine Beschlussgrundlage eines Parteitages vorliegt, soll die Mitgliedschaft möglichst vor einer abschließenden Positionierung durch Stadtvorstand oder Stadtratsfraktion informiert und einbezogen werden. Dazu zählen insbesondere Entscheidungen,

1) die das politische Profil der Partei in einer zentralen Frage betreffen,
2) die langfristige Folgen für die Stadt haben,
3) bei denen innerhalb der Partei deutlich unterschiedliche Positionen bestehen,
4) die größere strategische Entscheidungen für Wahlkämpfe oder Bündnisse beinhalten,
5) oder die nur schwer wieder rückgängig gemacht werden können.

Je größer die politische Tragweite einer Entscheidung ist, desto größer muss auch die Möglichkeit der Mitglieder sein, an ihrer Entstehung mitzuwirken.

2. Geeignete Austauschformate vor wichtigen Entscheidungen

Vor Entscheidungen zu solchen Grundsatzfragen sollen gewählte Gremien stärker von den in

2 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

§ 17 bis § 19 Stadtparteisatzung beschriebenen Basiskonferenzen Gebrauch machen oder Mitglieder ermutigen, diese zu initiieren. Für diese gilt:

- Die Mitglieder werden frühzeitig über die Ausgangslage informiert.
- Verschiedene Sichtweisen auf antizipierte Konflikte werden nachvollziehbar dargestellt.
- Unterschiedliche Positionen können tatsächlich zu Wort kommen.
- Es besteht ausreichend Raum für Nachfragen und Diskussionen.
- Die Ergebnisse werden anschließend für die Mitglieder dokumentiert und allen Mitgliedern bereitgestellt.
- Gewählte Gremien sind angehalten die Ergebnisse dieser Basiskonferenzen in ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

Sollte es zeitlich nicht möglich sein, eine Basiskonferenz abzuhalten, beispielsweise weil der Stadtvorstand oder die Stadtratsfraktion sich schneller zu dem Sachverhalt verhalten müssen, oder sollte die Entscheidungsfindung in ihrem Umfang keiner eigenen Basiskonferenz bedürfen, soll es soweit umsetzbar dennoch eine Rückkopplung mit der Mitgliedschaft geben, wie beispielsweise über eine breit beworbene Diskussionsveranstaltung, einen angekündigten Slot in dem nach § 15 Absatz 2 Stadtparteisatzung festgelegten stadtweiten Austauschformat (genannt OV-Beratung) oder ein anderes geeignetes stadtweites Austauschformat. Soweit anwendbar und umsetzbar gelten auch für diese Austauschformate die oben genannten Rahmenbedingungen.

3. Kandidat*innenfindung transparenter gestalten

Für Kandidaturen von besonderer politischer Bedeutung gilt:

- Der Zeitplan und das Verfahren der Kandidat*innenfindung werden frühzeitig veröffentlicht.
- Alle Mitglieder werden rechtzeitig per Informationsmail und, wo sinnvoll, zusätzlich durch eine Informationsveranstaltung darüber informiert, wie das Verfahren abläuft und wie sie selbst ihr Interesse an einer Kandidatur erklären oder sich um eine Kandidatur bewerben können.
- Die politischen Anforderungen an eine Kandidatur werden frühzeitig mit der Mitgliedschaft diskutiert.
- Mitglieder erhalten rechtzeitig die Möglichkeit, mögliche Kandidat*innen kennenzulernen und mit ihnen zu diskutieren.
- Empfehlungen des Stadtvorstandes werden nachvollziehbar begründet und nehmen die Entscheidung der zuständigen Mitgliederversammlung nicht vorweg.

Auch nach der Aufstellung führt der Stadtverband, vertreten durch den Stadtvorstand,- regelmäßig offene Strategie- und Auswertungsrunden durch. Mitglieder erhalten feste Möglichkeiten, Vorschläge einzubringen und bei wichtigen Schwerpunktsetzungen des Wahlkampfs mitzuwirken.

4. Einen jährlichen kommunalpolitischen Ratschlag schaffen

Mindestens einmal im Jahr soll ein offenes Treffen zwischen interessierten Mitgliedern,

Stadtvorstand und Stadtratsfraktion stattfinden. Der kommunalpolitische Ratschlag dient nicht der Entscheidung über eine einzelne anstehende Frage, sondern dem frühzeitigen Austausch-über größere Vorhaben, absehbare Konflikte und politische Schwerpunkte des kommenden Jahres. Eine Verbindung mit bzw. Erweiterung der etablierten gemeinsame Sitzung der Stadtratsfraktion mit den Mitgliedern der Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte sollte durch Stadtvorstand und Stadtratsfraktion geprüft werden.

Fraktion und Stadtvorstand stellen dort anstehende kommunalpolitische Entscheidungen dar und berücksichtigen auch antizipierte Konflikte. Mitglieder bekommen die Möglichkeit eigene Themen und Konflikte einzubringen.

5. Unterschiedliche Positionen zulassen, ohne uns gegenseitig zu beschädigen

Der Stadtparteitag bekennt sich zu einer politischen Kultur, in der Widerspruch nicht als Illoyalität behandelt wird und politische Differenzen nicht zu persönlichen Auseinandersetzungen werden. Konflikte sollen dort ausgetragen werden, wo sie politisch produktiv werden können. Das sind unsere Mitgliederversammlungen, Stadtbezirksverbände, Zusammenschlüsse, Basiskonferenzen, stadtweite Austauschformate, Parteitage, parteiinternen Informationskanäle und Parteipublikationen wie das Mitteilungsblatt - nicht in erster Linie über Pressemitteilungen oder soziale Medien.

Verschiedene Positionen müssen sagbar bleiben. Damit daraus ein erkenntnisorientierter Diskurs werden kann, der in der Lage ist, politische Positionen zu schärfen und Lagerdenken abzubauen, brauchst es den Willen aller Mitglieder, sich an einem solchen offenen und erkenntnisorientierten Diskurs zu beteiligen und nicht auf mediale Diffamierungen zurückzugreifen, um die Oberhand über den Diskurs zu gewinnen.

Wir fordern alle Mitglieder dazu auf, sich an der Schaffung und Aufrechterhaltung einer solchen Diskussionskultur und am Schutz innerparteilicher Diskussionsräume zu beteiligen.

6. Entscheidungsmacht darf nicht von Ressourcen abhängen

Beschlüsse gewählter Gremien und Gliederungen müssen innerhalb ihrer satzungsmäßigen Zuständigkeit respektiert werden. Sie dürfen nicht dadurch faktisch eingeschränkt, übergangen oder ausgehebelt werden, dass andere Ebenen der Partei über mehr Geld, Personal, technische Infrastruktur, Kommunikationskanäle oder öffentliche Reichweite verfügen. Höhere Ressourcenausstattung darf nicht zu höherer Entscheidungsmacht führen.

Ressourcen sollen demokratische Arbeit ermöglichen und unterstützen. Sie dürfen nicht darüber entscheiden, welche demokratisch legitimierte Position sich innerhalb der Partei faktisch durchsetzen kann.

Wir fordern alle Mitglieder auf - besonders solche mit Zugang zu innerparteilichen Ressourcen, Medienreichweite oder Entscheidungskompetenzen, wie Amts- und Mandatsträger*innen oder Angestellten - sich ihrer Verantwortungsposition bewusst zu werden, besondere Sorgfalt bei Entscheidungen, die Dritte betreffen, walten zu lassen und sich eine Offenheit für Kritik zu bewahren.

Begründung:

Die vorliegende Neufassung des Antrags A6 „Eine starke Linke braucht eine starke Basis –

4 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

Wichtige Entscheidungen gemeinsam treffen und innerparteiliche Demokratie stärken“ aus dem Materialheft 1 ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Antragstellenden und den Änderungsantragstellenden zu ÄA6.1 aus dem Materialheft 2. Sie beinhaltet Übernahmen, Teilübernahmen und Ergänzungen, die sich im Verhandlungsprozess ergeben haben.

Die Begründung aus dem Ursprungsantrag bleibt bestehen:

Die Linke ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Viele Menschen sind unserer Partei beigetreten, weil sie sich nicht damit abfinden wollen, dass Politik über ihre Köpfe hinweg gemacht wird. Sie wollen nicht nur wählen. Sie wollen sich einmischen, diskutieren, organisieren und gemeinsam etwas verändern. Diesen Anspruch müssen wir auch an uns selbst stellen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass wir an mehreren Stellen besser werden müssen.

Die Diskussion um die Olympiabewerbung berührt grundlegende linke Fragen. Wem gehört die Stadt? Wofür geben wir öffentliche Mittel aus? Wer trägt wirtschaftliche Risiken? Was bedeutet ein solches Großprojekt für Mieten, soziale Infrastruktur und Breitensport?

Innerhalb der Linken gibt es dazu starke kritische Positionen bis hin zur grundsätzlichen Ablehnung einer Olympiabewerbung. Es wurde darauf verwiesen, dass solche Großveranstaltungen häufig mit hohen öffentlichen Kosten, Verdrängung, steigenden Mieten und fehlender demokratischer Kontrolle verbunden sind. Die dort formulierte Schlussfolgerung lautet deshalb klar: Soziale Infrastruktur und Breitensport müssen Vorrang vor einem internationalen Prestigeprojekt haben. Gerade bei einer Frage mit so weitreichenden Folgen braucht es eine breite Debatte in der Partei. Es reicht nicht, über Beteiligung zu sprechen, wenn politische Grundentscheidungen vorher nur von wenigen vorbereitet werden.

Ähnliches gilt für das Capa-Wäldchen. Unsere Stadtratsfraktion hat versucht, in einer schwierigen Situation zwischen dem Erhalt der Kleinmesse, den Interessen von RB Leipzig und ökologischen Anforderungen einen Weg zu finden. Gleichzeitig gibt es innerhalb unserer Partei deutlichen Widerspruch gegen jede Rodung oder Veräußerung des Waldstücks. Für viele Genoss*innen geht es hier um eine grundsätzliche Frage. Dürfen öffentliche Grünflächen zur Verhandlungsmasse werden, wenn ein finanzstarker Verein und der dahinterstehende Konzern Erweiterungswünsche anmelden? Mitglieder aus der Basis wünschen sich deshalb ausdrücklich eine breite parteiinterne Debatte. Damit verbunden ist auch eine klare politische Forderung: Das Capa-Wäldchen soll erhalten bleiben, eine Rodung oder Teilrodung soll es nicht geben und die Renaturierung des Elsterbeckens darf nicht gegen den Erhalt des Waldes ausgespielt werden. Dass es innerhalb unserer Partei unterschiedliche Einschätzungen gibt, ist nicht das Problem. Eine Partei lebt von politischen Auseinandersetzungen. Problematisch wird es, wenn diese Auseinandersetzungen erst stattfinden, nachdem politische Entscheidungen bereits weit fortgeschritten sind.

Auch die Diskussion um unsere OBM-Kandidatur hat gezeigt, dass wir zwischen einer formalen Abstimmung und tatsächlichen Möglichkeiten zur Beteiligung unterscheiden müssen. Natürlich entscheidet am Ende die dafür zuständige Mitgliederversammlung über eine Kandidatur. Aber demokratische Beteiligung beginnt nicht erst mit dem Stimmzettel. Sie beginnt bei der Frage, wie Kandidat*innen gesucht werden, welche politischen Erwartungen an sie gestellt werden, wer selbst kandidieren kann und wie Mitglieder rechtzeitig von diesen Möglichkeiten erfahren. Wir wollen keine Partei sein, in der wenige Menschen Politik entwickeln und viele sie anschließend umsetzen. Unsere Mitglieder sind keine

Wahlkampfressource. Wir alle sind die Partei.

Eine sozialistische Partei, die gesellschaftliche Machtverhältnisse verändern will, muss auch in den eigenen Strukturen demokratische Beteiligung ernst nehmen. Wir können nicht glaubwürdig dafür kämpfen, dass Menschen mehr Einfluss auf ihr Arbeitsleben, ihre Stadt und gesellschaftliche Entscheidungen bekommen, wenn wir in unserer eigenen Partei politische Beteiligung zu oft auf nachträgliche Information beschränken.

Mehr Basisdemokratie macht uns nicht handlungsunfähig. Im Gegenteil. Wer an einer Entscheidung beteiligt war, kann sie eher nachvollziehen, mittragen und nach außen vertreten. Und wer mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist, muss trotzdem wissen, dass die eigene Stimme gehört wurde. Eine starke Linke braucht deshalb keine möglichst stille Basis. Sie braucht Mitglieder, die informiert sind, sich einmischen und gemeinsam um die richtige politische Linie ringen.

Niemals alleine, immer gemeinsam darf nicht nur eine Phrase sein!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: